

Geschäftsbericht 2008

Europäischer Austausch gGmbH

Einführung	2
1. Podiumsdiskussion mit Liubou Luniova in Berlin	2
2. Besuchsreise und Diskussionsrunde mit Dr. Lyavon Barsceuski	3
3. Besuchsreise Olga Kozulina nach Berlin	3
4. Ausbildung lokaler Langzeitwahlbeobachter in Belarus	4
5. Ausstellung „Wahlbeobachtung Belarus“ im Deutschen Bundestag, in Warschau und Frankfurt/Oder	5
6. Podiumsdiskussion „Parlamentswahlen in Belarus“ im Deutschen Bundestag	6
7. Konferenz „Vierte Kiewer Gespräche“ in Kiew	7
8. Konferenz “Ukraine as a Partner of the Eastern Policy of Poland and Germany“ in Warschau	13
Ausblick	13

Europäischer Austausch gGmbH
Erkelenzdamm 59
10999 Berlin

Tel 030 616 71 464-0
www.european-exchange.org

Einführung

Der Europäische Austausch hat im Jahr 2008 die Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Strukturen in Belarus und der Ukraine weiter ausbauen können. In Belarus hat der Europäische Austausch ein Netzwerk unabhängiger lokaler Langzeitwahlbeobachter unterstützt, die die Parlamentswahlen vom September 2008 beobachtet haben. Der Europäische Austausch hat das Netzwerk logistisch und organisatorisch unterstützt und die Öffentlichkeitsarbeit in Westeuropa durchgeführt. Außerdem konnte der Europäische Austausch wieder eine Reihe von mutigen und aktiven Persönlichkeiten aus Belarus nach Berlin einladen, die hier Hintergrundinformationen über die politische und gesellschaftliche Lage in Belarus vermitteln konnten. Darunter Olga Kozulina, Tochter des politischen Häftlings Alexander Kozulin, Liubou Luniova, Journalistin von Radion Liberty, Lavon Barsceuski, Präsident des belarussischen PEN Clubs und Vorsitzender der Oppositionspartei BNF und eine Reihe weiterer Politiker und MenschenrechtlerInnen. In Kiew haben im Herbst 2008 die „Vierten Kiewer Gespräche“ zum Thema Erinnerungspolitik und Geschichte in der Ukraine und Europa stattgefunden, die sich dem Umgang mit den Akten der ehemaligen KGB Archive in der Ukraine und mit der für die nationale Identitätsbildung zentralen Tragödie des Holodomor beschäftigt haben.

1. Podiumsdiskussion mit Liubou Luniova

Liubou Luniova war die erste einer Reihe von belarussischen Gästen, die der Europäische Austausch im Jahr 2008 zu Kooperationsveranstaltungen, Diskussionen und Projektplanungen nach Berlin eingeladen hat. Am Dienstag, den 17. Februar 2008 fand im Club der polnischen Versager, Berlin eine Diskussionsveranstaltung mit Liubou Luniova, belarussische Journalistin von Radio „svoboda“, statt. Sie war der Einladung des Europäischen Austausches und des Lew Kopelew Forums Köln gefolgt und diskutierte mit Ingo Petz, deutscher Journalist und Stefanie Schiffer, Geschäftsführerin des Europäischen Austausches zu dem Thema „Belarussischer Journalismus heute: Hoffnungsloses Unternehmen oder Licht am Ende des Tunnels?“. In ihrem Podiumsgespräch widmeten sie sich Themenkomplexen rund um die Situation der Journalisten in Belarus heute, Arbeitsperspektiven und -Schwierigkeiten, die aktuelle politische Situation in Belarus und Arbeitsbedingungen belarussischer Journalisten. Liubou Luniova beschrieb ihre Arbeit als Journalistin während der Präsidentschaftswahlen und die Situation der belarussischen Gesellschaft. Ingo Petz drückte seine Erfahrungen mit journalistischer Arbeit in Belarus aus

und nahm Bezug auf den Einfluss der EU-Politik auf die belarussische Gesellschaft und Politik.

Die Podiumsdiskussion wurde in Zusammenarbeit mit dem Lew Kopelew Forum, Köln und mit finanzieller Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. im Rahmen des Förderprogramms „Kooperationsprogramm Belarus“ organisiert und durchgeführt.

2. Besuchsreise und Diskussionsrunde mit Dr. Lyavon Barsceuski

Am 21. April 2008 hielt der Publizist, Präsident des belarussischen PEN Klubs und Vorsitzendem der Oppositionspartei „Populäre Front“ (BNF) Dr. Lyavon Barsceuski im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung eine Rede zum Thema „Die weißrussische Opposition 2008“. Die BNF ist die größte und älteste Oppositionspartei in Belarus. Weiterhin ist Barsceuski der Vorsitzende der weißrussischen PEN und Direktor des weißrussischen humanistischen Lyzeums, das 2008 gesetzlich verboten wurde und seitdem im Untergrund agiert. Die Diskussion fand in den Räumlichkeiten der Europäischen Akademie in Berlin statt. Diskussionspartner war Dr. Hans-Georg Wieck, ehemaliger Botschafter, Leiter der OSZE-Mission in Minsk und Vorsitzende der Organisation „Menschenrechte in Belarus“. Finanzielle Unterstützung fand die Veranstaltung durch das Förderprogramm „Kontaktprogramm Belarus“ der Robert-Bosch-Stiftung und den Verein „Menschenrechte in Weissrussland e.V.“.

3. Besuchsreise und Diskussionsveranstaltung mit Olga Kozulina

Am 27. Juni 2008 besuchte Olga Kozulina, Mitglied der Belarussischen sozialdemokratischen Partei „Gramada“ Berlin. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung berichtete sie über die Situation politischer Gefangener in Belarus. Eine öffentliche Veranstaltung und Filmvorführung fand im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin statt. Olga Kozulinas Vater, Alexander Kozulin, wurde im März 2006 verhaftet und zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Alexander Kozulin ist ehemaliger Präsidentschaftskandidat und seit seiner Inhaftierung ist Olga Kozulina die Kontaktperson zwischen ihrem inhaftierten Vater und der Öffentlichkeit. Sie spricht sich aus für die Freiheit aller politisch Inhaftierten in

Belarus und wurde von ihrer Partei „Gramada“ für die Parlamentswahlen im September 2008 nominiert.

4. Ausbildung lokaler Langzeitwahlbeobachter in Belarus

Im September 2008 fanden in Belarus Parlamentswahlen statt. Die vom Europäischen Austausch im Jahr 2007 ausgebildeten Wahlbeobachter begannen im Frühsommer 2008 den gesamten Verlauf der Wahlkampagne zu beobachten und zu dokumentieren.

4.1 Erreichte Ziele

- Das Netzwerk bestehend aus 286 Langzeitbeobachtern, Journalisten, Analytikern und 30 regionalen Koordinatoren hat während des gesamten Wahlbeobachtungsprozesses von Mai bis Oktober 2008 Berichte erstellt und die wesentlichen Etappen des Wahlprozesses beobachtet. Im April 2008 wurde ein zentrales Koordinationsbüro mit 10 festen MitarbeiterInnen in Minsk geschaffen. Für die einzelnen Regionen wurden insgesamt 30 Koordinatoren ausgebildet und technisch ausgestattet. Ihre Aufgabe war es, das Material der insgesamt 285 Langzeitwahlbeobachter in den verschiedenen Regionen zu sammeln. Die lokalen Wahlbeobachter konnten in 90 von insgesamt 110 belarussischen Wahlgebieten den Verlauf der Wahlen beobachten. Als Basis dienten die zwei größten belarussischen Menschenrechtsorganisationen, das Belarussische Helsinki Komitee und die Organisation Viasna.
- Das Netzwerk der Wahlbeobachter arbeitete unter Anleitung eines Handbuches, welches im Winter 2007/2008 von den belarussischen Partnerorganisationen angefertigt wurde. Die 30 regionalen Koordinatoren und alle 286 lokale Wahlbeobachter wurden schon im Jahr 2007 im Umgang mit dem Buch geschult und haben die Ergebnisse ihrer Wahlbeobachtung nach in dem Handbuch festgelegten Schemata dargestellt und verarbeitet.
- Im Gegensatz zu anderen Wahlbeobachtungen zuvor setzt das Projekt seinen Schwerpunkt auf die Langzeitbeobachtung. Die lokalen Wahlbeobachter hatten als aktive Menschenrechtler bereits Erfahrungen in Wahlbeobachtungen, sind in Menschenrechtsorganisationen tätig und werden sich auch an zukünftigen Wahlbeobachtungen beteiligen. Das Projekt hat ihnen die Möglichkeit gegeben, in ihrer Arbeit professioneller zu werden, sie wurden technisch für ihre Aufgaben

ausgestattet und so in ihrem Einsatz für demokratische Freiheiten in Belarus unterstützt und ermutigt.

4.2. Allgemeine Ergebnisse und abschließende Betrachtungen

- Die Zusammenarbeit der beiden beteiligten Menschenrechtsorganisationen wurde wesentlich gestärkt, die Menschenrechtsbewegung in Belarus insgesamt professionalisiert und gefördert. Die belarussische Bevölkerung erhielt durch das Projekt zusätzliche unabhängige Informationen über den Verlauf der Parlamentswahlen in Belarus. Die internationale Öffentlichkeit erhielt Hintergrundinformationen über den Verlauf der Wahlkampagne in Belarus.
- 15 regionale Journalisten arbeiteten im Rahmen des Wahlbeobachtungsprojektes. Sie führten Pressekonferenzen und Treffen mit Journalisten durch, um Informationen über die unabhängige Wahlbeobachtung weiterzuverbreiten. Jeden Tag erhielten sie aktuelle Informationen aus dem zentralen Koordinationsbüro in Minsk. Der Hauptmultiplikator war die Internetseite der Menschenrechtsorganisation Viasna, die in dem Zeitraum von Juni bis September 2008 insgesamt 21.268 aufgerufen wurde.
- Der Europäische Austausch gGmbH führte eine Informationskampagne über die Ergebnisse der Wahlbeobachtung durch. Insgesamt wurden im Zeitraum von Mai bis Oktober 2008 39 englische und deutsche Mittelungen per E-Mails an mehr als 1500 Multiplikatoren in ganz Europe verschickt. Internationale und nationale Experten bildeten sich auf Basis der Berichte ein Bild über die Vorgänge in Belarus.
- Dem Hauptproblem der Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft in Belarus, dem eingeschränkten Zugriff auf objektive und unabhängige Informationen, wurde mit dem Projekt entgegengewirkt. Regelmäßig wurden Mittelungsblätter mit ausführlichen Informationen über die einzelnen Wahlvorgängen und –Kampagnen in den einzelnen Regionen verteilt.

5. Ausstellung „Belarus 28.09.08“ im Deutschen Bundestag, in Warschau und Frankfurt/Oder

Am 16.10.2008 wurde im Deutschen Bundestag im Paul-Löbe-Haus im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Belarus nach den Wahlen – Zeit für eine Annäherung“ die Ausstellung „Belarus 28.09.08“ eröffnet. Die Ausstellung zeigt Fotografien von Anne Ackermann, Stephan Pramme und Jan Zappner. Zum Zeitpunkt Wahlen in Belarus haben die drei Fotografen sich in den belarussischen Städten Minsk, Grodno und Witebsk auf Motivsuche begeben und persönliche Eindrücke über das Leben in Belarus während der

Parlamentswahlen eingefangen. Vom 11. bis zum 19. Dezember war die Ausstellung in Warschau in der Galerie Zoya zu sehen. Zu ihrer Eröffnung fand eine Diskussionsveranstaltung mit Siewiaryn Kviatkouski, freier Journalist und Autor aus Minsk, statt.

Vom 20. Januar bis zum 27. Februar 2009 war die Ausstellung „Belarus 28.09.08“ in der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zu sehen. Den Auftakt bildete eine Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für die Geschichte Osteuropas zum Thema „Belarus und die neue EU-Politik: Chancen und Risiken für die Zivilgesellschaft“. Anna Kanius, Menschenrechtsaktivistin und Wahlbeobachterin aus Belarus und Peter Liesegang, Vorstandsmitglied der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft und internationaler Langzeit-Wahlbeobachter tauschten sich über ihre Erfahrungen im Bereich der Wahlbeobachtung aus und diskutierten über aktuelle Möglichkeiten und Auswirkungen der EU-Politik auf die belarussische Zivilgesellschaft.

6. Podiumsdiskussion im Deutschen Bundestag

Am 16. Oktober 2008 fand im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages eine Podiumsdiskussion statt. Ungefähr 80 Teilnehmer diskutierten aktuelle Entwicklungen nach der Wahlkampagne in Belarus und den Verlauf der Wahlen. Zu Gast waren TeilnehmerInnen der Wahlbeobachterkommissionen in Belarus, Wissenschaftler und Politiker. Mit einleitenden Worten eröffneten Marieluise Beck (MdB, Bündnis 90/ Die Grünen) und Stefanie Schiffer (Geschäftsführerin des Europäischen Austausch gGmbH) die Podiumsdiskussion "Belarus nach den Wahlen - Zeit für eine Annäherung". Mit den Podiumsgästen Aleg Hulak (Vorsitzender des Belarussischen Helsinki Komitees), Ales Beljatzki (Vorsitzender des Belarussischen Menschenrechtszentrum "Viasna"), Jaroslaw Romantschuk (Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Bürgerpartei), Manfred Grund (MdB CDU, Mitglied der Deutsch-Belarussischen Parlamentariergruppe) und Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas (Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, Auswärtiges Amt) fand eine Diskussion in jeweils zwei Panels unter der Moderation von Dr. Rainer Lindner statt.

7. Konferenz „Vierte Kiewer Gespräche“

„Geschichte und Erinnerungspolitik in der Ukraine und Deutschland“ lautete das Thema der „Vierten Kiewer Gespräche“, die vom 23. bis zum 24. Oktober 2008 in Kiew stattfanden.

Die Konferenz wurde mit Grußworten von Katrin Göring-Eckardt, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Jürgen Heimsoeth, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kiew, Eckart von Klaeden, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Igor Jukhnovski, Direktor des Ukrainischen Instituts des Nationalen Gedenkens eröffnet. Botschafter Heimsoeth machte am Beispiel der Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes von Richard von Weizsäcker die Bedeutung der „wahrhaftigen“ also auch selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich und zitierte mit Peter Sloterdijks „Bereitschaft zur Umformung“ das Grundmuster, auf dem Lernen aus der Geschichte basiert. In Bezug auf das Programm der Kiewer Gespräche unterstrich der Botschafter die Bedeutung eines transparenten und der willkürlichen Machtausübung entzogenen Zugangs zu Dokumenten und Archiven totalitärer Regimes und den Stellenwert, den die Anerkennung der Opfer in post-autoritären Gesellschaften einnehmen muss. Eingedenk der Subjektivität jeder Erinnerung und der Unmöglichkeit, einen „einheitlichen Erinnerungsraum“ zu schaffen, unterstrich der Botschafter die Bedeutung, die Veranstaltungen wie den diesjährigen „Kiewer Gesprächen“ im Prozess der Erweiterung und Veränderung des – bis zum Fall der Berliner Mauer - fest gefügten Geschichtsbilds Westeuropas zukommen.

Die Schirmherrin der Kiewer Gespräche, Katrin Göring-Eckardt, machte auf die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft und der Bildungseinrichtungen beim Ringen um gesellschaftliche Erinnerungsräume aufmerksam. Biographische und Gedenkstättenarbeit sind besonders wichtig in einer Zeit, in der die letzten Zeitzeugen an die Tragödien des 20. Jahrhunderts sterben. In der Ukraine hat die Erinnerung an das jüdische Erbe noch keinen angemessenen Platz gefunden, auch die Forschung und die Einschätzung des Holodomor sind komplex und in Bewegung. Igor Yukhnovsky informierte über die Aufgaben und die Rolle des Instituts für Nationales Gedenken in der Ukraine, dem er vorsteht bei der Bewertung der ukrainischen Geschichte. Insbesondere die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und die Zeit der faschistischen Besetzung der Ukraine müsse gesellschaftlich und auch im Rahmen der Arbeit des Instituts erforscht und diskutiert werden. Eckardt von Klaeden, Schirmherr der Kiewer Gespräche, unterstrich mit Verweis auf die aktuelle geopolitische Situation nach dem russisch-georgischen Krieg um Südossetien die Bedeutung, die einer demokratischen Ukraine in einem einigen und demokratischen Europa zukommt. Die kritische und

europäisch eingebettete Reflexion der ukrainischen Geschichte hat eine zentrale Bedeutung beim Weg der Ukraine zu einem offenen und demokratischen Staatswesen.

Moderiert von Heike Dörrenbächer von der Friedrich Naumann Stiftung für Freiheit, Potsdam diskutierten im ersten Panel Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin und Valentyn Oleksandrovych Nalyvaichenko, Vorsitzender des Sicherheitsdiensts der Ukraine, Kiew das Themenfeld „Zugang zu Akten – Zugang zu Gerechtigkeit; Gerechtigkeit für die Opfer – Verfolgung der Täter – Aufklärung für die Gesellschaft“. Marianne Birthler berichtete in einem Eingangsvortrag über die Geschichte der Entstehung der Bundesbehörde, der sie vorsteht, über den Versuch des SED Regimes, im Winter 89/90 die Stasi Akten zu vernichten und über den Bürgerprotest, der zur Stürmung der Stasi Zentralen in verschiedenen Städten der DDR und schließlich – nach Parlamentsbeschluss 1991 – zur Einrichtung der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit geführt hat. Die „Quadratur des Kreises“, die Akten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und gleichzeitig Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten sei im Fall der Stasi Akten „ganz gut gelungen“. 1,6 Mio. Bundesbürger haben seither von ihrem Recht auf Akteneinsicht Gebrauch gemacht. Hauptaufgaben, denen sich die Bundesbehörde verpflichtet sieht, sind die Information von Stasi-Opfern, die Ermöglichung der juristischen Aufarbeitung und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Valentyn Nalyvaichenko schloss an, dass die Aufgaben, denen die Ukraine gegenüber steht identisch seien – Offenlegung der Akten sei nötig, um Täter zu identifizieren, Opfer zu informieren und die Aufklärung der Gesellschaft zu ermöglichen. Nalyvaichenko unterstrich die Bedeutung, die der Präsident der Ukraine und seine Gattin der Arbeit an dieser Frage beimessen. Alle vorhandenen Dokumente über die Geschichte der ukrainischen Befreiungsbewegung und den Kampf gegen den Faschismus und den Kommunismus müssen offen gelegt werden. Der Arbeit des IPN käme dabei eine wichtige Rolle zu. Auf Nachfragen von Marianne Birthler nach der Größe der Bestände, der Zugänglichkeit der Akten, der gesetzlichen Grundlage und der Qualifikation der Mitarbeiter, die unter Umständen früher in Strukturen des Geheimdiensts gearbeitet hätten, bestätigte Nalyvaichenko, dass es auf Grund der fehlenden Gesetzesbasis ein Dilemma sei, dass derzeit der Geheimdienst der Ukraine SBU die Aufsicht über die Akten des KGB der Ukraine übernommen habe. Allerdings seien keine aktuellen Geheimdienstmitarbeiter in die Arbeit in den Archiven involviert. Ein Problem sei weiterhin, dass der SBU nicht Zugang zu allen die ukrainischen Bürger betreffenden Dokumenten habe – so seien die Akten der Jahre 1937-38 beispielsweise in der Russischen Föderation – andere Akten seien in anderen Behörden untergebracht. Derzeit haben nur Rehabilitierte Zugang zu Akten – der Aktenzugang müsse auch auf nicht rehabilitierte Personen ausgedehnt werden. Dem Wunsch des Volkes nach

Vorherrschaft von Gesetzen und Recht muss nachgekommen werden. Auch die Verbrechen, die im Rahmen der Repressionen der späten Sowjetzeit begangen wurden müssten Gegenstand der öffentlichen Diskussion und juristischen Aufarbeitung werden. Marianne Birthler unterstrich abschließend die Verantwortung gegenüber den Opfern totalitärer Regimes, der wir durch die juristische Verfolgung und aktive Gedenkarbeit gerecht werden müssen. Der Verführung totalitären Denkens, die in der Einfachheit der Gedanken und der Entlastung von Verantwortung besteht, müssen wir widerstehen und begegnen.

Moderiert von Stefanie Schiffer vom Europäischen Austausch diskutierten im Anschluss daran Myroslaw Marynovych, Direktor des Instituts für Religion und Gesellschaft, Ukrainische Katholische Universität, Lwiw, Wolfgang Templin, Schriftsteller, Berlin und Jevhen Zakharov von der Charkower Menschenrechtsgruppe das Thema „Opposition und Dissidenz – Lehren für die Gegenwart“.

Jevhen Zakharov ergänzte in seinem Vortrag die Auslassungen von Herrn Nalyvaichenko bezüglich des Zugangs zu den Akten des KGB in der Ukraine. Er unterstrich, dass die Akten derzeit nur für anerkannte Repressierte nach dem Gesetz über die Opfer politischer Repressionen aus dem Jahr 1991 zugänglich seien, sowie für deren Familienmitglieder und Forscher. Außerdem gäbe es in der aktuellen Gesetzeslage keine Bestimmung zur Verjährung der Geheimhaltungsfrist. Während in den meisten anderen Ländern Archive nach 30-40 Jahren geöffnet würden, seien in der Ukraine nur die Akten zum Holodomor und zur Geschichte der OUN-UPA der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden – die Akten zu den politischen Repressionen seien aber auch heute – zum Teil nach 70 oder 60 Jahren - noch verschlossen, wenn sie nicht auf die ausdrücklich Rehabilitierten bezogen seien. Diese Rechtslage müsse dringend geändert werden. Eine Verjährungsfrist müsse gesetzlich verabschiedet werden, alle älteren Dokumente müssten generell geöffnet werden. Umso unhaltbarer sei die derzeitige Gesetzeslage, als die Entscheidung über die Zuerkennung des Repressiertenstatus oft anfechtbar sei und die Nichtzuerkennung des Rehabilitiertenstatus generell einer Revision bedürfe. Zudem berücksichtigt es ganze Opfergruppen nicht, zum Beispiel die Angehörigen protestantischer Kirchen, die aus Glaubensgründen den Armeedienst verweigert haben, die Angehörigen von ethnischen Minderheiten, die während der Sowjetherrschaft verfolgt und deportiert wurden, sowie die Kinder und Angehörigen von politisch Verfolgten, die in ihren Bürgerrechten erheblich eingeschränkt und zum Teil in lagerähnlichen Kinderheimen aufgezogen wurden. Andererseits fand bislang in der Ukraine keine juristische Verfolgung der Angehörigen der Geheimdienste statt, die sich an der Verfolgung von Regimegegnern beteiligt haben. Das Gesetz über die Rehabilitation politisch Repressierter müsse dringend novelliert werden schloss Jevhen Zakharov.

Myroslaw Marynovych führte aus, welche Auswirkungen das Unrechtsregime der Sowjetunion in der heutigen Ukraine hat und schloss daran einen Aufruf zu Erinnerung und Aufklärung an, den die heutige Ukraine brauche, um ihre Vergangenheit zu erkennen und ihre Zukunft gestalten zu können. Wolfgang Templin ergänzte die Berichte mit Ausführungen aus der Wendezeit und der heutigen Bundesrepublik. Er warnte insbesondere vor der Relativierung der Verbrechen des DDR Regimes, die derzeit unter der Bemäntelung der „Ostalgie“ und mit Auftrieb durch die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft in Deutschland zu beobachten sei.

Am Freitag, 24.10.2008 9 – 12 Uhr: Gemeinsamer Besuch von Orten des Gedenkens des 20. Jahrhunderts in Kiew. Unweit der Kiewer Stadtgrenze befindet sich die Gedenkstätte Bykivnja, wo während der Stalinschen Repressionen tausende von Bürgerinnen und Bürgern von Kiew hingerichtet wurden. Die Konferenzteilnehmer besuchten diesen Gedenkort, geführt von einem Mitglied der Kiewer historischen Organisation Memorial, die einen Einblick in die Geschichte der Gedenkstätte gab. Nachmittags wurde die Konferenz wieder im Konferenzsaal fortgesetzt. Gerhard Simon moderierte die Diskussion um den Impulsvortrag von Heorhii Kasianov, Historiker, Nationalakademie der Wissenschaften, Kiew, zum Thema „Zwischen Holodomor und Holocaust – Über den Umgang mit totalitären Vernichtungserfahrungen in Deutschland und der Ukraine“. Das Thema des Großen Hungers (Holodomor) 1932 – 1933 war in der Sowjetunion jahrzehntelang ein ideologisches Tabu. Erstmals außerhalb der Ukraine wurde das Thema in der 2. Hälfte der 1980er Jahren zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen und wissenschaftlicher Forschungen: Einerseits entstand ein antikommunistischer Anklagediskurs um die politisch aktiven Kreise der ukrainischen Diaspora und die Forscher Robert Conquest und James Mace, dem gegenüber standen Historiker wie Stephen Wheatcroft oder Lynne Viola, die eine besondere antiukrainische Intention der kommunistischen Führung in Moskau in Zusammenhang mit dem Holodomor nicht gegeben sahen. Auch in der Ukraine selbst führte die Holodomordiskussion Anfang der 1990er Jahre zu heftigen politisch-ideologischen Auseinandersetzungen zwischen der parteikommunistischen Nomenklatur, ideologischen KPSS-KPU-Strukturen und der nationaldemokratischen Intelligenz andererseits. Die Hungersnot 1932-1933 wurde von letzterer als Argument zur Diskreditierung der kommunistischen Regierung und des Kommunismus per se benutzt. Unter dem Druck der politischen Konjunktur und im Licht neuer Archivdaten entstand in der Ukraine sowohl in der Historiographie als auch in der politischen Praxis eine kanonische Version der Ereignisse 1932-1933, die die Deutungen von Robert Conquest und James Mace weitgehend übernahm. Diese Version wurde in die ukrainischen Geschichtsschulbücher aufgenommen

und blieb bis heute weitgehend unverändert. Sie bildete einen Teil der ausdruckslosen und eher amorphen Erinnerungspolitik der Ukraine der Kutschma-Zeit.

Ende der 1990er – Anfang 2000 begann die Hungersnot 1932 – 1933 sich zum ukrainischen nationalstaatlichen Gründungsmythos zu entwickeln. Der Begriff Holodomor begann sich zu etablieren, und wurde mit Hilfe von Regierung, Publizisten und Berufshistorikern in ein politisch wichtiges Symbol und einen integralen Teil des nationalen historischen Mythos verwandelt. Nach der Orangen Revolution November- Dezember 2004 ist der Holodomor durch Initiative und auf konsequente Bestrebungen von Präsident W. Juschtschenko zum Objekt der aktiven Erinnerungspolitik geworden. Die Bemühungen, den Holodomor zu einem ukrainischen Gründungsmythos zu machen, führten im Kontext der aktuellen politischen Auseinandersetzungen in der Ukraine jedoch zu einem ziemlich widersprüchlichen Ergebnis: Einerseits hat die massive staatliche Förderung des Gedenkens an den Holodomor durch Veranstaltungen, Aufklärungsarbeit und Veröffentlichungen auf nationaler wie regionaler Ebene das Bewusstsein über die Tragödie im kollektiven Bewusstsein stark verankern können. Andererseits hat die Betonung des Themas im politischen Diskussionsraum zu dessen Trivialisierung und zur Delegitimierung seines moralischen und erzieherischen Potentials geführt. Statt wie von der Regierung intendiert zu einer Konsolidierung der Nation zu führen, hat die offizielle Geschichtspolitik zu einer politischen und regionalen Polarisierung beigetragen. Die Initiative, die Leugnung des Genozidcharakters des Holodomor unter Strafe zu stellen, rief bei der liberalen Intelligenz der Ukraine Empörung hervor. Weitere Bestrebungen, das Verbrechen des Holodomor zu internationalisieren und Täter und Verantwortliche der Tragödie zu suchen, haben den aktiven Widerstand Russlands provoziert und zur Verschärfung der bilateralen Beziehungen beigetragen.

An den Vortrag schloss sich eine Diskussion unter den Teilnehmern an über die Tragfähigkeit eines so stark mit dem Leiden und der Opferrolle des ukrainischen Volks verbundenen Gründungsmythos, und ob für eine zukunftsgerichtete junge Ukraine die starke Fixierung auf den Holodomor nicht eine zu starke Gefahr der Viktimisierung beinhaltet.

Nico Lange von der Konrad Adenauer Stiftung Kiew leitete das Abschlußpanel „Gesplante Erinnerung Europas? Totalitarismuserinnerung in Europa – Reflexion und Bearbeitung – miteinander – gegeneinander – füreinander?“ mit Herrn Pawlyschin, Jan Rachinski von Memorial Moskau und Helmut Koenig, Politologe von der Universität Aachen. Herr Pawlyshin unterstrich die Bedeutung der freien ungehinderten historischen Diskussion als Vorbedingung für eine europäische Erinnerung und verwies u.a. auf den „Appell von Blois“ – eine Erklärung einer Reihe namhafter europäischer Historiker, (T.G.Ash, E.Hobsbawm, H.A.Winkler) die sich gegen gesetzliche Einschränkungen der historischen Forschung durch Erinnerungsgesetze auf europäischer Ebene gewendet haben. Jan Rachinski konstatierte,

dass das Erbe des KGB in Russland trotz des Endes der Sowjetunion noch lebendig sei. Der Zugang zu den KGB Archiven wird auch für Historiker immer weiter erschwert. Zugang zu den Quellen sei aber die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Demaskierung von politischer Propaganda und deren Verzerrung der Geschichte. Nur in der geschichtlichen Betrachtung gäbe es auch Platz für die Opfer – die politisch instrumentierte Propaganda kennt nur Täter und Helden – um der Geschichte und der Schicksale der Opfer gerecht zu werden muss der Zugang zu den historischen Quellen in den Archiven der Geheimdienste geöffnet werden.

Einen anderen Akzent setzte Helmut König. Er stellte die These von der Notwendigkeit des Vergessens als friedens- und identitätsstiftendes Moment vor, das von der Antike („oblivio et amnestia“) bis zur Neuzeit die dominierende Möglichkeit war, der Vergangenheit zu entkommen. Erst mit dem ersten Weltkrieg und dem Siegeszug der Psychoanalyse im 20. Jhd. habe sich ein kultureller Paradigmenwechsel ergeben, der die Erinnerung in Dominanz zu dem Vergessen gebracht hat. Helmut König erinnerte daran, dass der Beginn der europäischen Geschichte die Geschichte des Vergessens sei. Die Idee eines einheitlichen europäischen Gedächtnisraums hält König wie auch andere Redner für einen Irrweg, der höchstens aus einer Vogelperspektive Gültigkeit haben dürfte. Es gälte viel eher geschützte Räume für die Vielfalt der Erinnerungen zu schaffen, damit schließlich gemeinsame Erinnerung geschehen kann. Königs These von der Verwurzelung der europäischen Kultur in der Kultur des Vergessens wurde u.a. von Marianne Birthler und Myroslaw Maynovytsch mit Hinweis auf europäische Erinnerungskulturen und biblische Erinnerungsrituale widersprochen.

Am Abend bestand für die Konferenzteilnehmer die Möglichkeit, an der Darbietung der Aufführung des Dokumentartheaters Berlin im Musiktheater des jungen Zuschauers im Kiewer Stadtteil Podil teilzunehmen. Vor ehemaligen Kiewer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und vor Schülern und Studierenden aus Kiew zeigte das Berliner Theater das Stück „Tänzerin hinter Stacheldraht“: „Tanzen wollte sie schon als kleines Mädchen. Doch statt auf den großen Bühnen dieser Welt, drehte sie ihre Pirouetten in Lagern und Baracken: Alla wurde als 16jährige 1944 nach Berlin verschleppt und als Zwangsarbeiterin für den Straßenbau eingeteilt. Zu schwach für diese Arbeit, rettete sie das Engagement als Tänzerin beim deutschen Künstlerdienst. Sie tanzte vor Zwangsarbeitern aus ganz Europa. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde sie ins Ensemble der Roten Armee in Berlin übernommen. Ihre Rückkehr in die Sowjetunion endete mit ihrer Verhaftung durch das NKWD. Wegen Vaterlandsverrats verurteilte man sie zu 25 Jahren Haft im GULAG. 10 Jahre, in drei sibirischen Lagern, zwang man sie, körperlich schwerste Arbeiten zu leisten. Stalins Tod brachte ihr endlich die Freiheit. Doch sie konnte nie wieder tanzen.“

Anschließend spielte die Gruppe ein Friedenskonzert mit Liedern zum Frieden aus ganz Europa.

8. Konferenz in Warschau „Ukraine als Partner der Osteuropapolitik von Polen und Deutschland“

Vom 18. bis zum 19. Dezember 2008 fand in Warschau die internationale Konferenz „Ukraine als Partner der Osteuropapolitik von Polen und Deutschland“ statt. Die Konferenz war aufgrund ihrer Teilnehmerzahl und einflussreichen Teilnehmer eine der größten polnischen Konferenzen mit Polnisch-ukrainisch-deutschem Diskussionsgegenstand der letzten Jahre. 170 Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Bürger aus Polen, der Ukraine und Deutschland nahmen an der Konferenz teil und tauschten sich über ihre Vorstellungen von Deutsch-Polnisch-Ukrainischen Beziehungen aus. Organisiert wurde die Konferenz von der Polnisch-ukrainischen Kooperationsgesellschaft PAUCI, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V, dem Europäischen Austausch gGmbH und finanziell unterstützt von der Polnisch-Deutschen Kooperationsgesellschaft und dem Außenministerium Polen.

Ausblick

Im Jahr 2009 wird der Europäische Austausch die begonnene Zusammenarbeit mit belarussischen Menschenrechtsorganisationen im Themenfeld „lokale Wahlbeobachtung“ weiterführen und entsprechende Kooperationen auch mit lokalen Wahlbeobachtern anderer osteuropäischer Staaten initiieren.

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Strukturen des Südkaukasus soll einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit des Europäischen Austausch bilden.

Die „Fünften Kiewer Gespräche“ werden auf Grund der Bundestagswahl in Deutschland und der Präsidentschaftswahl in der Ukraine erst im Februar 2010 in Berlin zum Thema „Energiesicherheit und Energieeffizienz“ stattfinden.

Der Europäische Austausch bedankt sich bei seinen Partner, Mitarbeitern und Förderern für die Zusammenarbeit und das Vertrauen im vergangenen Jahr.